



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

**DIE LINKE.**

Nr. 06/2021

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im zweiten Jahr der Pandemie fühlt man sich allmählich wie in einer Zeitschleife. Nach dem Sommer kommt der Herbst und mit den fallenden Temperaturen steigen die Infektionszahlen – die Menschen treffen sich wieder drinnen und kommen sich näher. Wie schon im Jahr zuvor reibt sich die Landesregierung verwundert die Augen, gibt sich gar überrumpelt von den Entwicklungen. Dabei wurden allen Mahnungen zum Trotz abermals keinerlei Vorbereitungen getroffen. Und so beginnt aufs Neue die hilflose Suche nach effektiven Maßnahmen, die Welle zu brechen.

Dabei könnte dieser Herbst ganz anders sein als der Letzte. Längst liegen alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf dem Tisch: Impfungen und Testungen. Einzig: Man hat sie nicht genutzt. Die kostenlosen Bürgertests, die zur raschen Erkennung und damit zur Unterbrechung von Infektionsketten unerlässlich sind, wurden erst vor wenigen Wochen abgeschafft, Testpflichten zurückgenommen. Bei der Impfkampagne geht in Brandenburg vom ersten Tag an alles schief, was nur schief laufen kann. Selbst in der aktuellen, dramatisch zugespitzten Lage folgen den Ankündigungen schlichtweg keine Taten: Wo ist der versprochene Impfturbo? Wo ist die großangelegte Werbekampagne? Wo sind die einfachen und unkomplizierten „Impfungen an jeder Ecke“? Wo sind die Vorsichtsmaßnahmen für die gefährdeten, älteren Menschen?

So wie schon bei den Erst- und Zweitimpfungen scheitert die Landesregierung auch bei den Auffrischimpfungen. Während in Berlin mittlerweile über 23 Prozent der über 60-Jährigen ihren „Booster“ erhalten haben, liegt die Quote in Brandenburg gerade einmal bei 7,5 Prozent – nicht mal ein Drittel.

Für uns ist klar: Dass wir uns erneut in einer Situation befinden, in der das Gesundheitssystem an seine Grenzen gerät, ist hausgemachten Fehlern zuzuschreiben. Deshalb muss nun Schluss sein mit Kompetenzgerangel und Zuständigkeitspingpong. Dafür ist schlichtweg keine Zeit mehr. Es braucht nun entschlossenes Handeln. Deshalb fordern wir eine berufsbezogene Impfpflicht im Gesundheits- und Bildungswesen, flächendeckend unbürokratische Impfangebote, eine Rückkehr zur Home-Office-Pflicht sowie zu täglichen, kostenlosen Schnelltests auch für Geimpfte und nicht zuletzt mehr Geld für das Gesundheitssystem – die Zeit tickt.

### Aus dem Inhalt:

Sebastian Walter zur Coronlage	S.1
Corona und Defizite im Bildungswesen	S.2
Thema: Frieden, Frieden schaffen	S.3
10 Forderungen der LINKEN	S.4
Warme Wohnung statt sozialer Kälte	S.5
Thema: Gesundheitspolitik	S.6
Verschiedenes, Jahresabschluss	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Gemeinsam machen wir Druck, dass die Landesregierung endlich handelt und verhindert, dass noch mehr Menschen dieser Pandemie zum Opfer fallen. Dabei setzen wir auf Ihre Unterstützung.

Herzlich, Ihr

**Sebastian Walter**  
(Fraktionsvorsitzender)

Linksdruck Newsletter November 2021

# Corona-Pandemie zeigt sehr deutlich die Defizite im deutschen Bildungssystem

Ein Ausweichen auf Digital- oder Wechselunterricht sei keine Alternative. Die „Lebenslüge von der Gleichwertigkeit von Präsenz- und Digitalunterricht“ sei „2020/2021 angesichts der gravierenden Auswirkungen auf Schüler und Studierende widerlegt worden.“ Eine Gesellschaft, die sich in Restaurants treffe, habe „nicht das Recht, Kinder vor Tablets zu verbannen – weder moralisch noch von der Verfassung her.“ (Professor für Verwaltungsrecht Hinnerk Wissmann an der Universität Münster, nd 17. November 2021)

Am Ende des Schuljahres 2020/2021 schrieb Bärbel Ramm im KoppHoch 03/2021: „Wir werden Jahre brauchen, um die Defizite, die durch Corona und den Organisationsmangel im Bildungswesen entstanden sind, zu beseitigen. Das wird als gesamtgesellschaftliches Problem zu lösen sein.“

Damals war noch eine kleine Hoffnung auf ein etwas normaleres KITA-, Schul- und Studienjahr. Und jetzt!!! Obwohl von der Wissenschaft gewarnt, befinden wir uns in der 4. Corona-Welle. Diejenigen, die Kinder, Enkel, Nichten und Neffen haben, die unterrichten, betreuen oder trainieren, wissen: Corona schlägt derzeit in allen Schulen, Kitas, Sportvereinen usw. zu. Immer mehr Kinder fehlen im Unterricht – „Quarantäne“ -. Isolation, Kontaktverlust, Unterrichtsausfall belasten besonders die kindliche Psyche und Physis. Welche Antworten geben die Politik/die verantwortlichen Politiker??

Auf dem Bund-Länder-Treffen am 18. November 2021 wurden 19 Punkte mit Positionen und strittigen Fragen zu Papier gebracht. An 14. Stelle kommen die Kinder. Zumindest wurde festgestellt, dass der Nachwuchs besonders unter der Pandemie leidet, weitere Belastungen zu vermeiden und die Kinder zu schützen sind. Konkrete Maßnahmen wären u. a. das „kindgerechte“ Testen und „gezielte Informationen“ für Personal und die jungen Menschen ab 12 Jahren.

Zu Brandenburg: Lange entsprach das Credo der Bildungsministerin Britta Ernst zum Offenhalten der Schulen der Mehrheitsmeinung. Was sich im Sommer sehr vernünftig anhörte, verliert mit neuen Rekordzahlen bei Neuinfektionen an Überzeugungskraft. Hinzu kommen fehlende Kommunikation, fehlende Kontrolle von Festlegungen usw. Deshalb fordert die bildungspolitische Sprecherin der LINKEN-Fraktion im Landtag, Kathrin Dannenberg, vom Bildungsministerium u. a.

mehr Schulsozialarbeit,  
Entschlackung der Rahmenpläne,  
den Notendruck von Schülern und Lehrern nehmen.

Ergänzend möchte ich dies durch die Meinung der GEW-Vorsitzenden Maike Finnen: „Die Corona-Pandemie ist wie ein Brennglas. Sie hat deutlich gemacht, wo die Defizite liegen.“ Das deutsche Bildungssystem ist reformbedürftig – Schule darf keine Glückssache sein, sondern Chancengleichheit bieten.

Folgende Schwerpunkte könnten der Weg aus der Krise sein:

Ausbildung von mehr Pädagogen,  
Abbau des Investitionsstaus bei der räumlichen Ausstattung,  
Verbesserung der technischen Infrastruktur,  
Ausbau der Ganztagschule,  
Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagogen (kleinere KITA-Gruppen und Klassen).

## Abschließende Bemerkungen:

Vor einigen Tagen äußerte der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte zum Thema Impfpflicht: „Kinderrechte dürfen nicht gegen das Recht einer Minderheit der Bürger abgewogen werden.“ Die Kinder und Jugendlichen haben bisher einen hohen Preis gezahlt. Jetzt, da sich die Erwachsenen hätten impfen lassen können bzw. noch können, haben die Schüler und deren Entwicklung den Vorrang – das wäre wünschenswert.



Monika Gohl



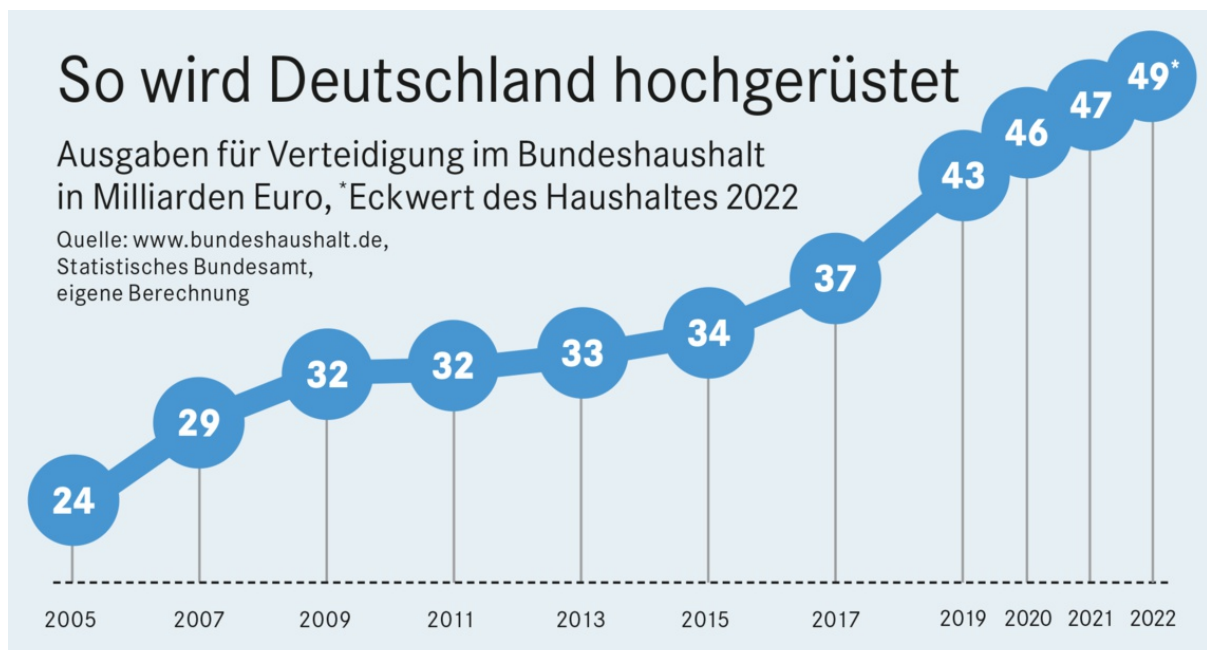
Friedenskundgebung in Heidelberg

## Thema: Frieden Frieden schaffen

DIE LINKE steht für eine friedliche Außenpolitik. Konflikte um Einfluss, Bodenschätze und Absatzmärkte nehmen in der Welt zu. Die Bundesregierung will weiter aufrüsten. „Abschreckung“ führt aber nicht zu Frieden und Sicherheit, sondern zu einer Welt des Schreckens: Krieg, Elend und Flucht. DIE LINKE will den Nachschub unterbrechen:

Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen Waffenexporte verbieten.

Die Bundesregierung hat die Ausgaben für Rüstung in den vergangenen Jahren andauernd erhöht. Dieses Geld fehlt für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr. DIE LINKE setzt auf Entspannungspolitik, auf gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.



## **Waffenexporte verbieten und abrüsten!**

Nur drei Länder weltweit exportieren mehr Waffen als Deutschland. Selbst in Krieg führende Staaten wurden Waffen aus Deutschland geliefert. Dabei sind Klein- und Leichtwaffen für die meisten Todesopfer verantwortlich.

Die Bundesregierung steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik, die Ausgaben für Rüstung müssen sinken. Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militär-Ausgaben um 10 Prozent zu senken.

Keine Atomwaffen: Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Die Bundesregierung plant die Anschaffung von 138 (!) neuen Kampfflugzeugen als Trägersystemen. DIE LINKE streitet dafür, dass keine Atomwaffen in Deutschland stationiert sind. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden!

### **DIE LINKE fordert**

Wir wollen alle Rüstungsexporte aus Deutschland verbieten. Als ersten Schritt verbieten wir den Export von Waffenfabriken, Klein- und Leichtwaffen.

Perspektive Frieden: Umbau der Rüstungsindustrie mit guter Arbeit für die Beschäftigten. Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein Ende der Hermes-Bürgschaften.

Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückholen – und sie in keine neuen schicken. Die Ausrichtung der Bundeswehr als Einsatzarmee lehnen wir ab.

Kein Werben fürs Sterben! Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und Hochschulen ab. Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen. Die Wehrpflicht ist in Deutschland seit 2011 nur ausgesetzt. Wir wollen sie ganz abschaffen.

Abrüsten und in den Frieden investieren! Keine Erhöhung des Militäretats. Stattdessen internationale Abrüstung und Investitionen in Entwicklung und friedliche Konfliktlösung.

Kooperation statt NATO! Wir wollen die NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzen, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.

Soziale Gerechtigkeit weltweit. Wir wollen die Handelspolitik zu einem Instrument der weltweiten Kooperation und des sozialökologischen Fortschritts machen. Kurswechsel beim Rohstoffverbrauch, um wirtschaftliche Konflikte zu entschärfen.

Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren! Für Katastrophenschutz oder zusätzliches Personal bei Notlagen müssen die Einrichtungen des Katastrophenschutzes aufgewertet und endlich besser ausgestattet werden.

Elitekampftruppe KSK auflösen! Der Skandal um die rechten Netzwerke in der Bundeswehr zeigt, welche Gefahr für die Demokratie aus der Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriegseinsätze erwächst.

Weder Kampfroboter noch Killerdrohnen! Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir fordern eine weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen und sagen Nein zu Kampfdrohnen - auch nach der Wahl.

## Warme Wohnung statt sozialer Kälte



Am 4. November wurden erste Ergebnisse einer EU-Erhebung veröffentlicht. Danach hatten 7,4 Millionen Menschen – das sind 9 Prozent von 82,2 Millionen Menschen in Deutschland – nicht genug Geld, um ihre Wohnung angemessen zu heizen. Wir fordern in unserem ersten Antrag in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages einen „Keiner-soll-frieren-Plan“ von der Bundesregierung. Es darf nicht sein, dass die Aktienkurse der Konzerne in den Himmel wachsen und gleichzeitig 7,4 Millionen Menschen nicht genug Geld haben, um ihre Wohnung angemessen zu heizen.

Die Preise für Produkte des täglichen Lebens sind deutlich gestiegen. Die Inflationsrate lag im Oktober 2021 bei 4,5 Prozent, die Verbraucherpreise für Energie stiegen im vergangenen Jahr um über 18 Prozent. Angesichts des nahenden Winters besteht wegen der hohen Energiepreise dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen unverzüglich einen „Keiner-soll-frieren-Plan“, damit sich alle eine warme Wohnung leisten können. Insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen brauchen schnelle, konkrete Hilfe. Niemand soll im Winter zu Hause frieren müssen.

Um zukünftig hohe finanzielle Belastungen für viele Menschen zu vermeiden, brauchen wir eine soziale und ökologische Offensive:

Kleine und mittlere Einkommen müssen bei der Einkommensteuer deutlich entlastet werden.

Die Löhne müssen durch Tarifabschlüsse über die Inflationsrate hinausgehend steigen und Transferzahlungen entsprechend erhöht werden.

Die Energiewende muss sozial gerecht werden, damit der Heizbedarf von Wohnraum mittels energetischer Sanierung ebenso sinkt wie die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Wir fordern zudem eine Einmalzahlung von 200 Euro für Menschen, die weniger als 1074 Euro im Monat haben.

Außerdem müssen die Hartz-IV-Sätze und das Wohngeld erhöht werden.

Strom- und Gassperren aufgrund von Zahlungsunfähigkeit müssen untersagt werden.

Die Kosten der Klimakrise dürfen nicht auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden. Wir brauchen eine Betriebskostenbremse!

Die Kosten für den „Keiner-soll-frieren-Plan“ können aus einer Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre finanziert werden.

# Thema: Gesundheitspolitik

## Pflegenotstand stoppen

Zu den Forderungen des Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz, Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek, nach Zuschlägen für Pflegekräfte angesichts hoher Belastungen in der Pandemie, sagt Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Zuschläge waren zu Beginn der Pandemie eine sinnvolle Sofortmaßnahme. Jetzt sind sie ein Zeichen für die Weigerung der Politik, den Pflegenotstand wirklich abzustellen. Notwendig sind eine dauerhafte Entlastung der Pflegekräfte und deutlich höhere Löhne. Dazu muss die Pflege in den Krankenhäusern einen viel höheren Stellenwert bekommen. Die bisherigen Korrekturen reichen da bei weitem nicht aus. An der Pflege wird vielerorts immer noch gespart, selbst auf Intensivstationen. Leidtragende sind die Patientinnen und Pflegekräfte gleichermaßen.

Wir brauchen einen Kurswechsel. Gute Pflege muss denselben Stellenwert bekommen wie aufwendige Behandlungen. Erst dann werden Krankenhäuser ausreichend Personal ausbilden, einstellen und gut bezahlen.

Es gilt, den Teufelskreis aus schlechten Arbeitsbedingungen, vielen Berufsaussteigern und Burnouts, Personalmangel und sich weiter verschlechternden Arbeitsbedingungen zu durchbrechen. Andere Länder machen vor, wie es gehen kann, etwa die Niederlande und die Schweiz. Dort gibt es eine erhebliche höhere Quote von Pflegekräften pro Patient, was sich auch sehr positiv auf die Arbeitsbedingungen auswirkt.

Die Pflege-Comeback-Studie für Deutschland hat bereits 2018 deutlich gemacht, dass 48 Prozent der Berufswechslerinnen aus der Pflege bereit wären, in die Pflege zurückzukehren. Als wichtigste Voraussetzungen wurden genannt: Andere Arbeitsbedingungen, mehr Personal, mehr Geld.

Ich sehe darin auch einen klaren Auftrag an eine neue Bundesregierung. Bislang ist in dieser Richtung von den Ampel-Parteien wenig Konkretes zu hören. Klar ist, mehr Geld kann nicht Zuschläge für die Zeit der Pandemie bedeuten. Was die Pflegekräfte wirklich brauchen und verdienen sind dauerhaft höhere Löhne. Die Linke hat dazu 500 Euro mehr Grundgehalt vorgeschlagen. Das wäre ein guter Einstieg und ein wichtiges Signal an die Menschen, die in der Corona-Pandemie alles dafür tun, dass wir vom Ärgsten verschont bleiben.

**Susanne Hennig-Wellsow**  
3. November 2021

### Unsere Vision

Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen sind schon lange bekannt: Kaum Zeit für Zuwendung, mangelnde Hygiene, "blutige Entlassungen" - mit Druck auf die Beschäftigten und Personalabbau wurde die Marktlogik ins Gesundheitswesen eingeführt und Konzerne versprechen sich hohe Gewinne.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die konsequent für eine gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens kämpft und die Profitorientierung abschaffen will.

## Verschiedenes, Jahresabschluss

### Pogromgedenken 2021 – Gegen das Vergessen

Das Gedenken begann am 9. November in der Evangelischen Kirche mit einer Andacht. Anschließend führte ein Schweigemarsch vorbei an Stolpersteinen in der Vierradener Straße, der Louis-Harlan-Straße und der Fabrikstraße, entlang der Stadtmauer bis zum Tor der ehemaligen Jüdischen Synagoge. Hier an der Gedenktafel sprach Thomas Büsching (Fraktionsvorsitzender der Fraktion CDU/FDP) Worte des Gedenkens. Dann wurden Blumen und Kränze abgelegt und Kerzen angezündet. Schüler der Schwedter Musikschule begleiteten die Veranstaltung musikalisch. Danach führten die Uckermärkischen Bühnen das Schauspiel „Name: Sophie Scholl“ auf.

Am 10. November fand die 7. Stolpersteinverlegung in Schwedt statt. Sie startete als Schülerprojekt des Gauß-Gymnasiums in der John-Schehr-Straße, ging weiter in der Judenstraße, über die Lindenallee bis zur Bahnhofstraße. Wir haben jetzt in der Stadt 47 Stolpersteine.

**Detlef Klemer**

### Herzlichen Dank für deine Arbeit in der Fraktion

Die Fraktion der LINKEN in der SVV Schwedt hat am 01. November 2021 Andreas Grote verabschiedet, da er wegen Umzugs aus Schwedt nicht mehr als Abgeordneter tätig sein kann. Die Fraktion dankte ihm für seine bisherige konstruktive Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und eine weitere Zusammenarbeit mit den LINKEN.

**Bärbel Ramm und Irtraut Giel**

### Weihnachtsfest

Noch einmal ein Weihnachtsfest,  
immer kleiner wird der Rest.  
Aber nehm ich so die Summe,  
alles Grade, alles Krumme,  
alles Falsche, alles Rechte,  
alles Gute, alles Schlechte —  
rechnet sich aus all dem Braus  
solch ein richtig Leben raus.  
Und dies können ist das Beste  
wohl bei diesem Weihnachtsfeste.

Theodor Fontane



Liebe Leserinnen und Leser. liebe Genossinnen/Genossen und Sympathisantinnen/Sympathisanten,

in diesem Sinne wünscht der Vorstand der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt ein besinnliches, fröhliches Weihnachtsfest mit der Familie, Freunden, lieb gewordenen Bekannten und trotz aller Widrigkeiten einen guten Start ins neue Jahr 2022, immer nach dem Motto "KoppHoch und nicht in die Hände".

## Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: Dezember 2021 in Abhängigkeit von Coronafestlegungen/-beschränkungen

06.01.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
08.01.2022	Neujahrstreffen der LINKEN	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring
03.02.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
28.02.2022	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
05.03.2022	Frauentagstreff anders mit Helmut Scholz	13:30 bis 15:30 Uhr KOMM Marchlewskiring
03.03.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle

**Wir trauern um Renate Fuchs,**  
gestorben am 24.10.2021 im Alter von 90 Jahren



### Ein Dankeschön zum Jahresende

Für die Genossinnen und Genossen, die im schwierigen Jahr 2021 den Geschäftsdienst aufrecht erhalten haben, ein besonderes Dankeschön an Irmgard, Detlef, Ursula, Ingrid (bis zum I. Quartal 2021), Irmtraut und Manfred.

Natürlich auch für die Verteilerinnen und Verteiler des KoppHoch.

Der BO-Vorstand

### Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

15.01.2022 Berthold Jess zum 90. Geburtstag



### Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

16.02.2022	Elfie Lutz	zum 69. Geburtstag
20.02.2022	Susanne Wienholz	zum 87. Geburtstag
25.02.2022	Irmtraut Giel	zum 71. Geburtstag
26.02.2022	Rita Grünberg	zum 87. Geburtstag
27.02.2022	Kathrin Steguhn	zum 57. Geburtstag
05.03.2022	Gerd Kling	zum 84. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 01-2022: 07.03.2022

#### Impressum

##### Herausgeber:

DIE LINKE  
Basisorganisation Schwedt

##### V.i.S.d.P.:

I. Giel

##### Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

##### Gestaltung:

M.+I. Giel

##### Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei  
DIE LINKE Schwedt

#### Sprechzeiten

##### Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 208  
mind. 1 x wöchentlich oder nach  
Bedarf bzw. Tel. 415810

##### Finanzen

Mo, 27.12.2021, 10 bis 12 Uhr  
Mo, 31.01.2022, 10 bis 12 Uhr  
Mo, 28.02.2022, 10 bis 12 Uhr  
Mo, 28.03.2022, 10 bis 12 Uhr

#### Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder  
Auguststraße 2, 16303 Schwedt  
e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de  
Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de